

# Der Grosse Rat und die Gleichstellung von Mann und Frau Frauen brauchen keine Quoten

Von Patricia von Falkenstein

**Basel.** Quotenregelungen sind Mogelpackungen. Sie gaukeln eine Gerechtigkeit vor, die bei genauerem Hinsehen eine rein theoretische ist. Die Diskussion über Quoten lenkt zudem ab von der Diskussion über wirklich wichtige gesellschaftliche Entwicklungen wie die Förderung von Job-Sharing, Arbeitszeitmodellen, Aus- und Weiterbildung und Wiedereinstiegsmodellen für Frauen, die auf einem viel besseren und nachhaltigeren Weg zu einem höheren Anteil von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen führen, als dies staatliche Zwangsmassnahmen tun.

Morgen behandelt der Grosse Rat das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann. Der Regierungsrat will in seiner Vorlage, dass in Strategie- und Aufsichtsorganen, die vollumfänglich vom Kanton bestellt werden, Frauen und Männer zu mindestens je einem Drittel vertreten sind. Dabei seien allfällige, für das Mandat erforderliche Qualifikationen zu beachten. Während die Regierung der fachlichen Eignung der Person grosse Bedeutung beimisst, hat die vorbereitende Grossratskommission das Kriterium der erforderlichen Qualifikation gestrichen. Dies kann letztlich bedeuten, dass es egal ist, ob jemand beispielsweise für ein Verwaltungsratsmandat geeignet ist. Hauptsache, das Geschlecht stimmt. Zusätzlich verlangen Grossratsmitglieder der Linken eine Quote für Frauen in Kaderpositionen der Verwaltung. Der nächste Schritt ist wohl ein Gesetz, das auch die Privatwirtschaft verpflichten soll, Frauenquoten einzuführen. Wir kennen ja die Bestrebungen der SP, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ständig zu verschlechtern. Jüngste Bei-

spiele sind die 1:12-Initiative und die Mindestlohn-Vorschrift. Weitere Entwicklungen können wir uns heute schon vorstellen: eine Quote für Ausländer, Berücksichtigung der Migrationsbevölkerung, Quoten bezüglich Religionszugehörigkeit, Altersgruppen oder weiteren Unsinn. Die Forderung nach gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquoten taucht jetzt auch in Basel auf. Der Anteil der Frauen in einem Verwaltungsrat, einer Geschäftsleitung und im Kader soll durch ein Gesetz vorgeschrieben werden. Als Frau, Präsidentin und Grossrätin der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt halte ich diesen Weg für vollkommen falsch.

**Eignung ist ausschlaggebend**  
Niemand behauptet heute, Frauen seien generell weniger geeignet als Männer, wichtige und verantwortungsvolle Funktionen in Wirtschaft, Politik oder anderen Bereichen auszuüben. Für die Besetzung von Führungsfunktionen werden bestimmte Fähigkeiten verlangt, egal ob Mann oder Frau, jung oder alt, Schweizer oder Ausländer. Diese über eine Quote finden zu wollen, ist absurd. Wenn sich eine Position mit einer Frau am besten besetzen lässt, wird dies jedes Unternehmen im Hinblick auf seine bestmögliche Entwicklung von sich aus tun, auch ohne Quotenzwang. Die Verantwortung, muss beim Unternehmen selber bleiben und darf nicht zum Staat wechseln. Zudem kann ich mir vorstellen, dass Frauen gar kein Interesse daran haben, lediglich als «Quotenfrau» berücksichtigt zu werden. Was tun gegen die Untervertretung von Frauen in Führungsgremien? Niemand bestreitet die Tatsache, dass Frauen in den meisten Führungsgremien nicht entsprechend ihrem Anteil

an der Bevölkerung, also mit etwas mehr als 50 Prozent, vertreten sind. Der Grund ist nicht die fehlende Qualifikation, sondern die noch immer gängige Verteilung der Rollen zwischen Mann und Frau. Bei der Besetzung von Kaderstellen stehen bei den Frauen, also bei mehr als 50 Prozent der Bevölkerung, gar nicht alle, die über die Eigen-

## Frauen brauchen mehr Selbstvertrauen auf dem Karriereweg und keine Gehhilfen.

nung und geforderten Qualifikationen verfügen, zur Auswahl. Diejenigen Frauen, die Kinder betreuen, setzen ihre Prioritäten bei der Familie und verzichten in den meisten Fällen – mindestens temporär – auf die Karriere. Aufgrund meiner liberalen Haltung bin ich allerdings der Meinung, dass ein Paar selber entscheiden soll, wie es Erwerbsarbeit und die Betreuung von Kindern aufteilt. Der Staat soll die Freiheit der Wahl ermöglichen und erleichtern. Zum Beispiel durch gute Angebote für die Kinderbetreuung, Blockzeiten in der Schule, Aus- und Weiterbildungsangebote für Frauen und Männer, die mit Erziehungsaufgaben vereinbar sind. Ebenso sind Modelle gefragt für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Kinderbetreuungszeit. Nicht nur der Staat, auch die Wirtschaft ist gefordert. Die Personalentwicklung eines modernen Unternehmens muss auch das Potenzial von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern erfassen, die wegen Kinderbetreuung Teilzeitarbeit leisten. Nach Möglichkeit sind auch Kaderstellen mit reduziertem Pensum anzubieten. Auch aus meiner wirtschaftsfreundlichen Sicht finde ich, dass die

Wirtschaft in diesen Bereichen noch nicht genügend tut. Gefragt sind jetzt überzeugende freiwillige Lösungen, damit nicht ständig von links staatlicher Zwang gefordert wird.

### Beitrag der Männerwelt

Immer wieder höre ich, dass Männer sich nicht eben positiv über verantwortungsvolle Funktionen von Frauen in der Berufswelt oder Politik äussern. «Kann die das?», heisst es dann, wobei damit natürlich impliziert wird, dass diese Frau die entsprechende Aufgabe nicht so gut erfüllen kann wie ein Mann. Solches Denken ist mitursächlich für den Ruf nach Frauenquoten – in Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Neben mehr Offenheit, Vertrauen und weniger Voreingenommenheit von Männern würde ich mir wünschen, dass diese auch tatkräftig mithelfen, Frauen in wichtigen Funktionen zu unterstützen. Kreativität ist gefragt, meine Herren!

Frauenquoten, egal in welchen Prozentzahlen, lehne ich grundsätzlich ab, denn erstens sind mir Freiheit und Eigenverantwortung enorm wichtig, und zweitens werte ich Menschen nicht nach ihrem Geschlecht. Frauen brauchen da und dort mehr Selbstvertrauen auf dem Karriereweg und keine Gehhilfen. Der Basler Grosse Rat ist gut beraten, wenn er morgen bei der Diskussion auch an die Risiken und Nebenwirkungen von Quotenregelungen denkt.



Patricia von Falkenstein ist Präsidentin der LDP Basel-Stadt und Mitglied des Grossen Rats.

## «Die 300 Millionen sind unwahr»

Streit um Zahlen beim Projekt Centralpark Basel

Von Daniel Wahl

**Basel.** Der Initiator des Centralparks Basel, Donald Jacob, beklagt sich, dass zahlreiche Architekten und auch der Kantonsbaumeister Fritz Schumacher falsche Angaben über die Kostenhöhe zum Projekt Grünpark und Gleisüberdachung am Bahnhof SBB in Umlauf gebracht haben.

**BaZ:** Donald Jacob, eines wollten Sie vermeiden: während des Abstimmungskampfes zum Centralpark Basel übers Geld zu sprechen. Es ist doch nur ehrlich, wenn man die Kostenfrage in einer Abstimmung miteinbezieht.



**Donald Jacob:** Wir haben immer betont, dass es sachlich zuerst eine Projektstudie braucht, die nach einem Jahr erstellt wird. Wenn Sie Zahlen wollen, dann muss man es fair machen. Die 300 Millionen Franken für den Centralpark Basel, die von der BaZ unwidersprochen publiziert worden sind, entsprechen nicht der Wahrheit. Unsere Grobkostenschätzung von rund 73 Millionen Franken ist nicht aus der Luft gegriffen wie die der Gegner. Wir haben eine neutrale Kostenschätzung bei einer unabhängigen Firma in Auftrag gegeben.

**So unabhängig würde ich Gruner AG nicht bezeichnen. Sie sind der Auftraggeber, die Firma war Ihre frühere Arbeitgeberin.**

Das ist acht Jahre her. Die Kosten wurden extern berechnet, aufgrund reeller Zahlen des Messeneubaus unter laufendem Betrieb. Die Zahlen beziehen sich auf unser Vorprojekt mit 50 Prozent Schwer- und 50 Prozent Leichtbauweise, das ergibt unabhängig errechnete Kosten von 2500 bis 3000 Franken pro Quadratmeter für Neuland von 33000 Quadratmeter über der Gleisfläche. Wie das Bau- und Verkehrsdepartement auf 13000 Franken Kosten pro Quadratmeter kommt, ist mir schleierhaft.

**Alle von uns befragten Fachleute sagen, dass das Projekt, wie Sie es visualisiert haben, mindestens 300 Millionen Franken kosten wird.**

Es gibt genauso viele Fachleute, die anderer Meinung sind. 300 Millionen Franken sind eine pure Behauptung von Leuten, die entweder für die SBB gebaut haben oder noch Projekte in Planung haben wie das Architekturbüro Herzog & de Meuron, das sein Projekt Stapelvolumen realisieren will. Es ist an die von der SBB geplante Unterführung gekoppelt.

**Warum soll man Ihren und den Aussagen des Abstimmungskomitees trauen, wenn Sie behaupten, im italienischen Bari und im spanischen Ourense würden solche Überdeckungen realisiert, wenn dies nachweislich nicht stimmt?**

Es ist nicht wahr, dass wir dies behauptet haben.

**Leider doch.**

Es handelt sich dabei um Projekte, die gemäss Medienberichten in Planung sind. Weltweit gibt es Tausende Beispiele, die realisiert werden konnten. Der Centralpark Basel ist eine technische Standardsituation. Auf dem Novartis Campus steht zum Beispiel ein Wald, darunter befindet sich eine Tiefgarage. Unter dem Joggeli-Fussballfeld können sie einkaufen.

**Das ist wohl etwas anderes, als wenn Hochgeschwindigkeitszüge unter einem Park durchfahren.**

Dann gehen Sie nach Zürich, Genf, oder nach Paris Montparnasse, wo ganze Bahnhöfe unter den Boden verlegt worden sind. Die SBB planen nun für zwei Milliarden Franken in Luzern einen Tiefbahnhof, darüber fahren ganze Züge, bei uns sind es «nur» Fussgänger, die über den Park spazieren.

**Welche Folge- und Mehrkosten kommen denn auf die SBB zu, wenn ein Deckel über die Geleise gebaut wird?**

Im Vergleich mit der geplanten Unterführung gibt es keine Mehrkosten, im Gegenteil, der Centralpark Basel wird billiger als das unterirdische Shopville, das die SBB planen.

# Mehr obdachlose Studenten denn je

Viele Studienanfänger konnten zum Semesterstart weder Wohnung noch Zimmer finden

Von Tina Hutzli

**Basel.** Am Wochenende sind die langen Semesterferien an der Uni Basel offiziell zu Ende gegangen. Unter den 12400 Studierenden, die nun wieder durch die Gänge der Hochschule wandeln, sind auch 1450 Studienanfänger. Das sind zwar ein paar weniger als in vergangenen Jahren. Trotzdem standen einige von ihnen gestern Abend auf der Strasse, denn nicht alle von ihnen haben auf den Semesterstart hin eine Wohnung oder ein Zimmer in Basel gefunden.

«Dieses Jahr ist die Wohnraumknappheit für Studenten ganz massiv», sagt Chaim Howald vom Verein Studentische Wohnvermittlung und Zimmerbörse (WoVe). Bereits sechs Wochen vor Semesterbeginn seien sämtliche Unterkünfte der WoVe ausgebucht gewesen, und trotzdem würden täglich mehrere Neuanmeldungen eintrudeln.

Die WoVe bemüht sich um Notlösungen für jene Studenten, die bisher nirgends untergekommen sind. Eine solche ist die Liegenschaft an der Hochstrasse. Seit 1983 werden deren Wohnungen von der WoVe vermittelt. Aber wegen des auslaufenden Baurechts wird die Liegenschaft auf Ende November aufgegeben und kann bis dahin nur noch monatlich vermietet werden. «Die Miete hier war konkurrenzlos, weshalb die Studierenden dem Verlust sehr nachtrauern», sagt Howald. In diesen leeren Räumen würden einige der bisher erfolglosen Wohnungssuchenden nun für einige Tage oder Wochen ein Campingmätteli ausrollen: «Für einige Monate kauft ja niemand Möbel.» Gemütlich sei das aber nicht, denn die Wohnungen seien bereits ziemlich kahl.

### Jugendherbergen als Notlösung

Manche obdachlosen Studenten weichen laut Howald auch auf Jugendherbergen aus und hoffen, dass sie in der ersten Woche jemanden kennenlernen, bei dem sie einige Nächte auf dem Sofa schlafen können. Das bestätigt auch Tobias Wettstein, Betriebsleiter der Jugendherberge St. Alban. «Es



**Auf der Suche nach einem Zimmer.** Es herrscht in Basel Knappheit auf dem Wohnungsmarkt für Studierende. Foto Keystone

kommt immer wieder vor, dass sich Studenten zu Semesterbeginn einige Nächte bei uns einquartieren. Wie lange, das kommt immer ein bisschen auf die finanziellen Mittel an.» Immerhin kostet in der Jugi ein Bett im 6er-Zimmer rund 48 Franken pro Nacht.

Im Vergleich zu anderen Universitätsstädten in der Schweiz steht Basel in Sachen studentisches Wohnen schon lange nicht mehr besser da. Gerade an Wohnheimen oder anderen institutionalisierten Unterkünften mangelt es laut Howald. Allerdings sei manchmal auch die Grösse des Kantons schuld am Wohnungsmangel. Für Studenten aus dem Ausland sei schwer vorstellbar, in einem anderen Kanton zu wohnen, als sie studieren. «Wir merken das bei unseren Liegenschaften in Muttenz», sagt Howald. Es brauche schon einige Überzeugungsarbeit, den Studenten beizubringen, dass sich Muttenz nur einen Katzensprung von der Stadt Basel entfernt befindet.

Im Hinblick auf die Leerstandsquote in der Stadt Basel wundert sich Chaim Howald überhaupt nicht über die Wohnungsnot bei den Studenten. Diese ist

seit 2005 von 1,5 auf 0,3 Prozent gesunken. «Dass es dann vor allem die trifft, die nicht am meisten Geld haben, ist naheliegend», sagt er.

### Zwei neue Zwischennutzungen

Um diesem Missstand entgegenzuwirken, arbeitet Immobilien Basel-Stadt eng mit der WoVe zusammen. «Sie haben von uns einige Liegenschaften permanent gemietet, andere in Zwischen-

### Studienanfänge für Bachelor-Abschluss rückläufig

**Basel.** An der Philosophisch-Historischen Fakultät erfreuen sich die Fächer Deutsche Philologie, Englisch, Geschichte, Medienwissenschaften sowie Soziologie wie schon in den letzten Jahren anhaltender Beliebtheit. Die Philosophisch-Historische Fakultät umfasst knapp 3000 Studenten und ist damit die grösste der Universität Basel. In der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sind wie üblich die Fächer Biologie und Pharmazie am beliebtesten. In der Juristischen Fakultät und der Fakultät für Psychologie

nutzung», sagt Barbara Neidhart, Sprecherin von Immobilien Basel-Stadt. «Dieses Jahr ist tatsächlich relativ viel Wohnraum dazugekommen. Zurzeit stellen wir der WoVe mehrere 3- bis 6-Zimmer-Wohnungen und Liegenschaften mit insgesamt über 50 Zimmern in Zwischennutzung zur Verfügung. Ebenfalls haben wir mit einem weiteren Anbieter für Studentenwohnraum einen Zwischennutzungsvertrag für eine Liegenschaft mit über 100 Zimmern abgeschlossen.» Zudem plant der Kanton auf dem Areal Volta Ost an der Elsässerstrasse den Bau von 60 bis 70 neuen Studentenwohnungen. Bis diese bezugsbereit sind, dauert es aber noch einige Jahre.

«Studierende streben oft eine relativ kurze Mietdauer an. Da jeder Mieterwechsel Geld kostet, ist das bei den Vermietern nicht sehr beliebt.» Dem widerspricht Elisabeth Stamm, Immobilienverwalterin bei der Hermes Consult AG. «Studenten sind für uns kein Problem. Meistens geben sie solidarhaftend die Eltern an», sagt sie. Das gebe eine zusätzliche Sicherheit. Probleme mit Studenten-WGs gebe es sehr selten und wenn, dann habe bisher noch immer ein Gespräch geholfen. «Und gerade bei WGs muss ich kaum selber für Nachmieter sorgen.» Das würden die ausziehenden Mieter eigentlich immer selber übernehmen.

beginnen ähnlich viele Studierende wie letztes Jahr. Von den 1450 Studienanfängern sind 57 Prozent Frauen. Bei den Masterstudenten nehmen die Einschreibungen immer noch leicht zu. Die Einschreibungen von Studienanfängern für den Bachelor-Abschluss sind indes erstmals rückläufig. Mit dieser Entwicklung habe man aufgrund der demografischen Entwicklung und der Aufhebung der Studiengebühren in zwei deutschen Bundesländern gerechnet, sagt Nele Hackländer, Leiterin Student Services der Universität. pp